

Kapitel 6: Solidarität sichern



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt)

Änderungsantrag zu GSP.S-01

Von Zeile 33 bis 40:

~~(280) Eine vielfältige Gesellschaft bringt immer vielfältigere Formen der Beschäftigung und Arbeit hervor, oftmals jenseits der Festanstellung. Um Solo-Selbstständige zu unterstützen und gleichzeitig in das Sozialsystem einzubinden und um prekäre Lebensverhältnisse zu verhindern, sollen neue Sicherungsmodelle entwickelt werden. Solo-Selbstständigen soll der Eintritt in die Gesundheits- und Rentenversicherung erleichtert werden und sie sollen die Möglichkeit haben, sich gegen Arbeitslosigkeit zu versichern. Dabei haben die besonderen Bedingungen des jeweiligen Berufsbildes Auswirkungen sowohl auf den Anspruch wie auf die Auszahlung.~~

(280) Die Arbeitswelt wird bunter und vielfältiger. Für die soziale Sicherung bedeutet dieser Wandel, dass sie universeller werden muss. Das bisherige soziale Sicherungssystem orientiert sich am Normalarbeitsverhältnis und dem Normalerwerbsverlauf, also Erwerbstätigen, die abhängig, Vollzeit und unbefristet beschäftigt sind. Je diverser die Arbeitswelt wird, desto mehr brauchen wir eine soziale Sicherung, die sich nicht am Erwerbsstatus orientiert, sondern alle Bürgerinnen und Bürger absichert, unabhängig davon, ob sie Vollzeit oder Teilzeit, abhängig oder selbstständig oder auch gar nicht erwerbstätig sind. Dazu braucht es sowohl ein Grundeinkommen als finanzielle Basis für alle Lebensphasen als auch eine Verbreiterung und Stärkung der Sozialversicherungen. Die Renten-, Pflege- und Krankenversicherung wollen wir deshalb nach dem Prinzip Bürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger auf alle Einkommensarten einzahlen, weiterentwickeln, und die Arbeitslosenversicherung muss zu einer Arbeitsversicherung werden, die nicht nur Arbeitslose, sondern auch Erwerbstätige, und zwar sowohl abhängig Beschäftigte als auch Selbstständige, unterstützt.

Begründung

Die bisherige Formulierung reicht nicht aus, weil das nur erste Schritte sind, die eher in ein Wahlprogramm passen als in ein Grundsatzprogramm. Unsere mittelfristige Perspektive geht darüber hinaus und sollte benannt werden. Die neue, buntere Arbeitswelt erfordert einen grundlegenden Wandel der sozialen Sicherung.

weitere Antragsteller*innen

Dániel Fehér (KV Berlin-Pankow); Klaudia Stürmer (KV Esslingen); Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg); Ralf Bohr (KV Bremen-Ost); Baukje Dobberstein (Hannover RV); Manfred Cuntz (KV Main-Kinzig); Sigrid Busch (KV Friesland); Falco Weichselbaum (KV Bonn); Birgit Brennecke (KV Rotenburg/Wümme); Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich); Joachim Schmitt (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); Holger Thurm (KV Berlin-Pankow); Gabriele Küstermann (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Johannes Spann (KV Leipzig); Jasper Ole Felix Kiehn (KV Hamburg-Nord); Eleonore Grabowski (KV

Wesel); Gabriele Raasch (KV Schwerin); sowie 59 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.